

Familienkrach unter Bürgerlichen

Die Linke will keinen höheren Kinderabzug bei der Bundessteuer. Auch Ostschweizer Mittelpolitiker kritisieren, das bringe nichts.

Adrian Vögele

Es droht ein Schlamassel. Am 27. September stimmt die Schweiz über höhere Steuerabzüge für Familien ab (siehe Kasten). Die SP hat das Referendum ergriffen – von der geplanten Erhöhung des Kinderabzugs würden fast ausschliesslich «Topverdiener-Familien» profitieren, kritisiert die Partei. Auch bei den Mitteparteien brodelt es. Die Grünliberalen sagen Nein. Die CVP, welche den Vorschlag mit dem Kinderabzug eingebracht hatte, kämpft für ein Ja. Währenddessen ringt die FDP um ihren Kurs. Im Juni hat sich die Partei offiziell für die Vorlage ausgesprochen. Freisinnige Ostschweizer Parlamentarier widersprechen jedoch.

Der Ausserrhoder Ständerat und FDP-Vizepräsident Andrea Caroni war zwar mit der ursprünglichen Fassung der Vorlage einverstanden. «Im Kern geht es um ein wertvolles Anliegen, nämlich der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dafür soll man die Kosten der Betreuung konsequenter abziehen können.» Dann aber sei die Vorlage «gekidnappt und an einen zehnmal so teuren Kinderabzug gefesselt» worden. «Kinderabzüge sind so ziemlich die ineffizienteste Art, Steuern zu senken: Sie kommen nur einer Gruppe zu gut, die es zu meist am wenigsten braucht, und es bringt volkswirtschaftlich nichts», so Caroni. «Ich nehme an, angesichts der angespannten Staatsfinanzen wird es die Vorlage an der Urne nun schwerer haben.»

FDP-Frauen bezweifeln Nutzen für Mütter

Die FDP-Frauen befürworten ebenfalls nur den ersten Teil der Vorlage vorbehaltlos und haben darum Stimmfreigabe beschlossen. Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher (FDP/SG) sagt, mit der Erhöhung des Betreuungskostenabzugs werde «mit vergleichsweise tiefen Steuerausfällen die Erwerbsbeteiligung von beiden Elternteil-



Nützen höhere Kinderabzüge nur den reichen Familien? Im Abstimmungskampf sind sich auch bürgerliche Politiker nicht einig. Bild: DPA

len gefördert». Hingegen sei die vorgesehene Erhöhung des Kinderabzuges «eine teure Entlastungsmassnahme mit voraussichtlich geringer (oder gar negativer) Auswirkung auf die Berufstätigkeit und das Arbeitspensum von Müttern.» Genau dies bemängelt auch die SP: Sie spricht von einer «versteckten Herdprämie», die veraltete Rollenbilder zementiere.

Noch während der Abstimmungskampf läuft, arbeiten die FDP-Frauen an einer Alternative. Für den Fall, dass die Abstimmungsvorlage an der Urne scheitert, hat die Berner Nationalrätin Christa Markwalder bereits eine parlamentarische Initiative eingereicht. Sie fordert die Rückkehr zur ursprünglichen Variante: Der Betreuungskostenabzug soll erhöht werden, nicht aber der allgemeine Kinderabzug.

Keine Zweifel an der Abstimmungsvorlage hat hingegen Marcel Dobler (FDP/SG). «Diese Anpassung ist längst überfällig. Familien sollen in der Gestaltung ihres Familienmodells

frei sein. Doch heute ist die Erwerbstätigkeit beider Eltern, verglichen mit dem Einverdienermodell, finanziell unattraktiv.» Allerdings hat Dobler auch Markwalders Initiative mit-

unterzeichnet. Das sei kein Widerspruch, sagt er. Der Vorstoss werde erst nach der Abstimmung behandelt. «Für mich wäre das der Plan B, um keine Zeit zu verlieren.» Er bevorzugt

Darum geht es in der Volksabstimmung

Entlastung Wer seine Kinder extern betreuen lässt, soll weniger Bundessteuer zahlen müssen: Der **Abzug für die Betreuungskosten soll von 10 100 auf 25 000 Franken** erhöht werden: Damit will der Bund die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern – gerechnet wird mit Steuerausfällen von 10 Millionen Franken. Im Parlament setzte sich dann aber die CVP mit einer gewichtigen Ergänzung durch: Auch Familien, die ihre Kinder zu Hause betreu-

en, sollen via Bundessteuer entlastet werden: Der **allgemeine Kinderabzug soll von 6500 auf 10 000 Franken erhöht werden**, was Steuerausfälle von 370 Millionen Franken zur Folge hat. Von dieser Entlastung profitieren laut Finanzminister Ueli Maurer (SVP) hauptsächlich Familien mit einem Einkommen von über 100 000 Franken. Die Abstimmungsvorlage umfasst nun beide Teile und hat einen Umfang von rund 380 Millionen Franken. (av)

aber die aktuelle Variante, so Dobler.

CVP verteidigt ihre Idee geschlossen

Der CVP sind diese Vorgänge ein Dorn im Auge. Der Zürcher Nationalrat Philipp Kutter, der den höheren Kinderabzug gefordert hatte, ärgerte sich gegenüber dem «Tages-Anzeiger», es zeuge von wenig Respekt, wenn man ein Gesetz schon wieder ändern wolle, bevor das Volk darüber abgestimmt habe.

Ostschweizer CVP-Parlamentarier verteidigen die Vorlage denn auch vehement. Sie wehren sich gegen die Kritik, es handle sich um ein Steuergeschenk für Reiche. «Hier können wir etwas für den Mittelstand tun, der sonst in der Politik zu oft zu kurz kommt», sagt der St. Galler Nationalrat Nicolo Paganini. Die Thurgauer Ständerätin Brigitte Häberli-Koller ergänzt: «Mit der Erhöhung des Kinderabzugs auf Bundesebene werden alle Familien – egal welche Betreuungsform sie wählen – entlastet.» Gerade in der Coronakrise sei dieser Schritt wichtig, «denn viele Familien sind von Lohninbussen oder gar Stellenverlust bedroht». Die erwarteten Steuerausfälle sind für die CVP ebenfalls kein Grund, die Vorlage in Frage zu stellen. Der St. Galler Ständerat Benedikt Würth erwähnt insbesondere, dass das Parlament es einmal mehr nicht geschafft habe, die Heiratsstrafe zu eliminieren. «Das führt zu einer Entlastung des Finanzplans.»

Auch Ostschweizer SVP-Politiker stehen weiterhin hinter der Abstimmungsvorlage. «Ein Notbremse-Nein ist aus finanzpolitischen Gründen nicht nötig», sagt der Thurgauer Ständerat Jakob Stark – «eine jahrelange wichtige Gesetzesarbeit wäre sonst für die Katz gewesen». Das Gegenteil sagt Nationalrat Thomas Brunner (GLP/SG): «Angesichts enormer Zusatzlasten kann sich unsere Gesellschaft erst recht keine Steuergeschenke mehr leisten, die nichts bringen.»



Susanne Vincenz-Stauffacher, St. Galler FDP-Nationalrätin.

Bild: Britta Gut



Marcel Dobler, St. Galler FDP-Nationalrat.

Bild: Michel Canonica

Spital Wil treibt Kantonsrat um

Spitalstrategie Das Spital Wil ist aktuell nicht gefährdet. Die St. Galler Regierung setzt auf den Standort in der Äbttestadt. Dennoch sei im Umfeld des Spitals Verunsicherung spürbar – «und Personalabgänge sind Realität», stellt Bruno Dudli, SVP-Kantonsrat aus Oberbüren, fest. Nun will er in einem parlamentarischen Vorstoss von der Regierung wissen, wie viele Mitarbeitende dem Spital bereits den Rücken gekehrt haben und mit welcher Begründung. Dudli fragt sich denn auch, ob das Spital Wil «angesichts der hohen Personalfuktuation überhaupt noch zu retten» ist. Und wie die Regierung die notwendige Mindestfallzahl langfristig gewährleisten will. (rw)

«Der will sich doch seine Praxis vergolden»

Ein Rorschacher Arzt, der die Spitalstrategie der Regierung befürwortet, sieht sich mit Vorwürfen konfrontiert.

In der Rorschacher Ärzteschaft rumort es. Es sei «fahrlässig, das Spital zu schliessen», halten die einen niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte fest. Es gehe nicht um den Standort, es gehe um die Qualität der Versorgung, halten andere Ärztstimmen dagegen. Zu Letzteren gehört Andreas Hartmann. Seit Jahrzehnten als Arzt in Rorschach tätig und bis vor wenigen Wochen für die FDP im St. Galler Kantonsparlament politisch aktiv.

Hartmann hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass er hinter der Spitalstrategie der Regierung steht – und diese will das Spital Rorschach schliessen; künftig soll es in der Hafenstadt

noch ein Gesundheits- und Notfallzentrum geben. Die Chirurgie im Spital Rorschach sei während der akuten Coronaphase vier Monate quasi geschlossen gewesen – «und die Rorschacherinnen und Rorschacher waren dennoch gut versorgt», sagt Hartmann. Von «fahrlässig» könne keine Rede sein. Das primäre Ziel müsse eine optimale Versorgung der Patientinnen und Patienten sein.

Auf die Frage, ob diese heute am Spital Rorschach nicht gewährleistet ist, antwortet Hartmann: «Doch. Aber es wird künftig schwieriger sein, diese im hiesigen Spital noch zu bieten. Die Entwicklung geht ganz

klar in Richtung mehr ambulante Eingriffe. Die stationären Fallzahlen werden weiter sinken und als Folge davon wird das Spital kaum mehr ausgelastet sein.»

«Wichtig ist eine kompetente Anlaufstelle»

Stationäre Betten vor der Haustüre seien künftig kein Garant für eine gute Gesundheitsversorgung mehr – «wichtiger ist eine kompetente Anlaufstelle». Hartmann ist überzeugt: «Mit einem vernünftigen ambulanten Angebot vor Ort wird die medizinische Versorgung in Rorschach künftig mindestens ebenso gut sein wie heute.»

Seine Haltung trug Hartmann bei Rorschacher Kritikern der Regierungspläne den Vorwurf des «Oberspitalschliessers» ein. Hinter vorgehaltener Hand ist auch die Rede davon, er wolle sich schlicht das geplante Gesundheits- und Notfallzentrum unter den Nagel reissen und seine Praxis «vergolden», bevor er in Pension gehe.

Darauf angesprochen antwortet Hartmann: Das Gesundheits- und Notfallzentrum müsse «staatlich geschaffen werden und nicht privat». Die geplanten Gesundheits- und Notfallzentren sollen aber in enger Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten betrieben werden.

So hielt es die Regierung im Februar fest.

Hartmann, der seit über 30 Jahren als Allgemeinmediziner in Rorschach tätig ist, erweiterte vor neun Jahren seine Hausarztpraxis zu einer Gruppenpraxis. Zusammen mit weiteren niedergelassenen Ärzten führt er seither das Medizinische Zentrum Rorschach. Hartmann ist Verwaltungsratspräsident des Ärztezenters. Wird er damit ins Gesundheits- und Notfallzentrum umziehen? Mit 64 mache er sich selbstverständlich Gedanken über die Zukunft, ist Hartmann einzig zu entlocken.

Regula Weik